
Ausgesuchte Informationen über neue Pflichten durch das Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) für Hersteller von zerstörungsfreien Prüfgeräten

Ein wenig Licht in das Dunkel der ElektroG-Verordnung

Seit dem 16. März 2005 ist das Gesetz, das sowohl den Käufer (Endkunde und Importeur) als auch den Hersteller betrifft, beschlossen, um die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten, die in den Verkehr gebracht wurden, zu regeln.

Dieses Gesetz legt die Anforderung an die Produktverantwortung nach § 22 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes für Elektro- und Elektronikgeräte fest. Es bezweckt vorrangig die Vermeidung von Abfällen von Elektro- und Elektronikgeräten und darüber hinaus die Wiederverwendung, die stoffliche Verwertung und andere Formen der Verwertung solcher Abfälle. Damit soll die zu beseitigende Abfallmenge reduziert und die Schadstoffmengen aus Elektro- und Elektronikgeräten in Abfällen verringert werden.

Betroffen sind alle Arten elektronischer Geräte, die mobil oder nicht fest ein-, bzw. umbaut sind. Bezogen auf die zerstörungsfreien Werkstoffprüfsysteme fallen eindeutig Ultraschallhandprüfgeräte, Wanddickenmessgeräte, Schichtdickenmessgeräte, transportable Röntgenanlagen etc. darunter.

Ortsfeste industrielle Großwerkzeuge fallen nicht unter dieses Gesetz. Hier ist jeder Hersteller für seine Produkte verantwortlich, und muss ermitteln, in wieweit diese von dem Gesetz betroffen sind.

Der EMV-Leitfaden definiert für ortsfeste Anlagen: „Kombination mehrerer Komponenten, Systeme, Endgeräte, Bauteile, etc., die durch Fachpersonal installiert werden müssen und nicht durch den Endnutzer selbst angeschlossen werden können, an einem bestimmten Ort zusammengefügt und/oder installiert werden, um in einem zu erwartenden Umfeld zusammenzuarbeiten und eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen. Diese Kombination soll aber nicht als einzelne Funktionale oder Handelseinheit in den

Verkehr gebracht werden.“ So dürfte eine mobile Durchstrahlungsprüfanlage auf Rädern, die lediglich eine Netzversorgung benötigt, nicht unter ortsfeste Anlagen fallen. Eine Ultraschalltauchtechnikanlage oder eine Magnetpulverprüfanlage, die in einem Produktionsbetrieb integriert ist, oder fest in einem Labor installiert ist, mit verschiedenen Komponenten, wie z. B. bei der Tauchtechnikanlage einem angeschlossenen Wassertank oder einem angeschlossenen Scanner, dürften außerhalb des Anwendungsbereiches des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes liegen.

Zu beachten ist, dass mobile Geräte, die z.B. eigens zur Steuerung solcher Anlagen bestimmt sind, ebenfalls Teil der Anlage sind und somit nicht in den Anwendungsbereich des ElektroG-Gesetzes fallen (z.B. mitgeliefertes Handterminal zur Bewegung von Achsen).

Die Hersteller von zerstörungsfreien Werkstoffprüfgeräten fallen gemäß § 2, Anwendungsbereich, unter die Position 9 „Überwachungs- und Kontrollinstrumente“. Im Allgemeinen sind zerstörungsfreie Werkstoffprüfgeräte im Sinne des ElektroG-Gesetzes b2b-Geräte. Jedoch ist durch den Hersteller glaubhaft zu machen, dass diese Geräte ausschließlich in anderen als privaten Haushalten genutzt werden (siehe § 3, Absatz 4 ElektroG). Die Hersteller verantworten in jedem Falle die Finanzierung der Entsorgung der Elektronikgeräte. Dies gilt auch für in Verkehr gebrachte Altgeräte ab 24.3.2006.

Bei b2c-Geräten, die an nicht kommerzielle Endverbraucher verkauft werden, ist durch den Hersteller zusätzlich eine Finanzierungsgarantie abzugeben. Um das als Hersteller von Überwachungs- und Kontrollinstrumenten zu vermeiden, muss der Hersteller bei der Registrierung glaubhaft machen, dass seine Produkte b2b-Geräte sind.

In dem Falle muss er keine Finanzierungsgarantie stellen und auch nicht die Fähigkeit zur bundesweiten Abholung bei Übergabe sicherstellen. Jedoch ist bei der b2b-Eigenschaft eines Gerätes ausschließlich Art und der Ort der Nutzung, nicht der Vertriebsweg (z.B. nur gewerblich zwischen Händlern) entscheidend.

Ob ein Hersteller mit seinen Produkten bezüglich des ElektroG-Gesetzes unter die Gruppe b2b fällt, wird durch die Aufsichtsbehörde bei der Registrierung festgelegt. Es ist bereits bei der Registrierung glaubhaft zu machen, dass das Gerät sinnvollerweise nicht in privaten Haushalten verwendet wird oder verwendet werden kann. Empfehlenswert ist auch, den b2b-Zusammenhang in der Bedienungsanleitung darzustellen.

Selbstverständlich können Hersteller und Käufer/Nutzer der Geräte abweichende Vereinbarungen treffen, wie z.B. die Verantwortung der Entsorgung vertraglich auf den Nutzer zu übertragen. Dies ist in jedem Falle schriftlich festzulegen.

Einmal jährlich muss der Hersteller von b2b-Geräten bis zum 30.04. des Folgejahres die in den Verkehr gebrachten Mengen, vorzugsweise übers Internet, bekannt geben. Zurückgenommene b2b-Geräte muss der Hersteller wiederverwenden oder nach § 11 behandeln, bzw. § 12 verwerten sowie die Kosten der Entsorgung tragen. Die Verwertungsergebnisse unterliegen ebenfalls einer Meldepflicht.

Im deutschen nationalen Recht sind die europäischen Gemeinschaftsrechte RoHS-Directive 2002/95/EG (restriction of the use of certain hazardous substances), das heißt die Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten, als auch die WEEE-Directive 2002/96/EG (waste electrical and electrical equipment), das heißt die Richtlinie über die Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten, im ElektroG-Gesetz in Deutschland festgehalten. So ist das Verwendungsverbot für Blei, Quecksilber, Kadmium, PBB, PBDE und 6-wertiges Chrom in der Richtlinie definiert. Einschränkungen hierzu sind ebenfalls im ElektroG-Gesetz § 5 benannt. Dabei sind Medizinprodukte und Überwachungs- und Kontrollgeräte bezüglich der Einhaltung der RoHS zur Zeit noch ausgeschlossen.

Die Sanktionen durch Behörden bei Verstoß gegen das ElektroG-Gesetz sind nicht unerheblich und können mit bis zu 50.000,00 Euro als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld belegt werden. Auch können Sanktionen durch Wettbewerber wie Abmahnungen und einstweilige Verfügungen im Falle von Missachtung des ElektroG-Gesetzes verhängt werden.

So ist jeder Hersteller verpflichtet, falls dies noch nicht geschehen ist, seine Elektrogeräte kurzfristig zu melden sowie die verkauften Mengen anzugeben.

Beim Melden der Produkte empfiehlt es sich, aus organisatorischen und Kostengründen, die Produkte in Produktgruppen zusammen zu fassen, sofern diese über einen gleichen am Gerät erkenntlichen Namen eindeutig bestimmbar sind.

Obwohl es sich um ein EG-Gesetz handelt, sind die Bestimmungen in den einzelnen EU-Ländern bezüglich der Umsetzung des WEEE-Gesetzes unterschiedlich. So sind

auch die Modelle bezüglich der Finanzierungssysteme für die Entsorgung sehr unterschiedlich. Hier muss sich jeder Exporteur, bzw. Importeur über die entsprechenden landesüblichen Vorschriften informieren.

Ein Beispiel sei genannt: Bei Überschreiten der Landesgrenze wird z.B. in den Ländern Belgien und Niederlande eine Vorkassengebühr für die Entsorgung in Abhängigkeit von Gewicht und Anzahl der Geräte zwischen 1,00 Euro und 56,00 Euro fällig.

Um sich mit den Registrierungen sowie dem Verfahren vertraut zu machen, empfehle ich, neben umfangreichen Foren im Internet, die folgenden Informationen zu nutzen:

- Bundesgesetzblatt, Jahrgang 2005, Teil 1 Nr. 17, ausgegeben zu Bonn am 23.03.2005, Gesetz über das in Verkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG)
- Die Website der Stiftung Elektroaltgeräteregister EAR unter www.ear.de für die Mengenerfassung der in Verkehr gebrachten Mengen. Die Vorschrift EAR04-001, Stand 09/2005 „EAR-Funktion: Mengenerfassung“.
- BMU: Hinweise zum Anwendungsbereich ElektroG (Elektro- und Elektronikgerätegesetz), 24.06.2005, im Internet unter www.bmu.de, weitere mitgeltende Unterlagen zu den BMU-Hinweisen, z.B. die WEEE-Directive und die RoHS-Directive.
- Auch empfehlenswert sind die aktuellen Hinweise der EU-Kommission zum Anwendungsbereich unter http://europa.eu.int/comm/environment/waste/weee_index.htm (frequently asked questions on RoHS and WEEE).

Weniger hilfreich ist es, die EAR unter der Hotline (0911/76 66 555) zu erreichen. Hier lief ein Band, das mit den Hinweisen „zur Zeit sind alle unsere Leitungen belegt“ oder „Sie rufen außerhalb der Geschäftszeiten an“ eine Frage oder Auskunft unmöglich machte.

Auch sind Rückmeldungen zu e-mails sehr schleppend, da scheinbar eine starke Überlastung der Sachbearbeiter vorliegt. Etwas Geduld ist sicherlich angebracht, denn die Sachbearbeiter sind für diesen Engpass und das schlechte Projektmanagement und Timing nicht verantwortlich.

Der beste und schnellste Kontakt ergibt sich über die Anmeldungen der Waren mit entsprechenden zusätzlichen Bemerkungen und Fragestellungen, um konkrete Antworten von der EAR zu erhalten.

Will man sich durch diesen Dschungel nicht selbst durcharbeiten, empfiehlt sich, über die IHK (Industrie- und Handelskammer) ortsansässige beratende Rechtsanwälte einzuschalten, die sich auf dieses Thema spezialisiert haben.

Wichtiger Hinweis: Alle oben aufgeführten Informationen sind unverbindlich und stellen keine rechtliche Grundlage dar. Vielmehr sind dies Informationen, die ich aus den Erfahrungen der letzten zwei Monate gesammelt habe. Sie sollen dem Leser helfen, sich etwas schneller in dem Dickicht des ElektroG-Gerätegesetzes sowie bei der richtigen Anmeldung der Waren zurecht zu finden und dienen als unverbindliche Tipps.

Göran Vogt
Geschäftsführer
Vogt Werkstoffprüfsysteme GmbH, Burgwedel
Telefon: 05139-9815-0, e-mail: g.vogt@vogt-ndt.de